

Berliner Erklärung der Nationalen Armutskonferenz (nak) zur Armutssituation in Deutschland

zur Fokuswoche im Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung

Armut und Ausgrenzung überwinden – in Gerechtigkeit investieren

I.

In Europa leben fast 84 Millionen Menschen in Armut. Das sind mehr, als Deutschland Einwohner hat. Das Jahr 2010 ist zum „Europäischen Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ erklärt worden – und die Debatte um die Notlagen Griechenlands, Spaniens etc. sowie die Stabilität des Euro und die Sparmaßnahmen in Deutschland zeigt, wie dringlich auch das Thema Armut ist. Gerade in Zeiten der Krise muss europaweit, aber auch national, Armut verhindert und vermindert werden.

In Deutschland sind nach dem Bericht des DIW (Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung) 11,5 Millionen Menschen, das sind 14 Prozent der Bevölkerung, von relativer Einkommensarmut bedroht.

Mit den Konjunkturpaketen wurden allein 2009 und 2010 Steuerentlastungen von 28 Mrd. € zu Gunsten von Besserverdienenden, Vermögenden, Erben und Unternehmen beschlossen. Nun will die Bundesregierung mit ihrem Anfang Juni bekannt gegebenen Sparpaket rund 81,8 Milliarden Euro einsparen; davon allein über 31 Mrd. € bis 2014 im Sozialbereich. Vorgesehen sind u. a. der Wegfall des Elterngeldes sowie der Beiträge zur Rentenversicherung bei Empfängern von Arbeitslosengeld II („Hartz IV“). So sollen „Anreize zur Aufnahme einer sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung“ gestärkt werden. Gleichzeitig bekennt sich die Bundesregierung zum Ziel, „dass alle Menschen in unserem Land die Chance auf Wohlstand und sozialen Zusammenhalt haben“. Wie passt das zusammen?

Jetzt die Grundsicherungsleistungen gleichzeitig mit Maßnahmen zur Arbeitsmarktintegration zu streichen, verfestigt und vergrößert Armut. Besonders gespart wird an Familien und Alleinerziehenden. Schon Kindern wird die Perspektive eines Lebens ohne Armut genommen. Und mit der Streichung der Rentenversicherung für Hartz-IV-Empfänger wird heute die Saat für eine wachsende Altersarmut morgen gelegt.

Und noch mehr passt nicht zusammen:

1. „Jedes Kind ist wichtig – Entwicklungschancen verbessern“ heißt es in der Nationalen Strategie Deutschlands zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Wie sieht aber die Umsetzung aus?
Der Regelsatz für Kinder, nach dem Bundesverfassungsgerichtsurteil vom 9.2.2010 transparenter und so auszugestaltet, dass er sich an den Bedarfen von Kindern orientiert, wird nicht einmal in Ansätzen so diskutiert, dass sich eine Verbesserung für Kinder abzeichnet.
Angesichts der aufgrund von Steuersenkungen maroden Finanzlage der Kommunen in Deutschland, die derzeit an Bibliotheken, Freizeiteinrichtungen und –angeboten für Kinder und Jugendliche sparen müssen, die Preise für Schwimmbäder erhöhen oder diese schließen, ist die Aussage, dass Entwicklungschancen verbessert werden sollen und Kinder wichtig sind, eher ärgerlich.
2. Immer wieder wird in Diskussionen von Arbeitslosen als Menschen gesprochen, die nicht arbeiten wollen, die zu faul sind, sich eine Arbeit zu suchen und sich auf Kosten der „Fleißigen“ ausruhen. Vergessen wird dabei, dass es weder genug Arbeitsplätze noch genügend Stellen gibt, die Menschen ein Einkommen ermöglichen, von dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Die hohe Anzahl von Menschen im Niedriglohnbereich ist keine Erfolgsgeschichte, sondern ein Armutszeugnis für Politik und Wirtschaft.
3. Einkommensarme Menschen, die um ihr Überleben kämpfen, werden häufig mit dem Etikett „sozial schwach“ belegt. Dabei wird vergessen, dass „Gier, Entsolidarisierung und Egoismus“ der sogenannten Elite die Krise herbeigeführt haben.
4. Die Kluft zwischen Arm und Reich wurde durch politische Entscheidungen immer größer. Dies ist nicht durch die Globalisierung vorgegeben, wie oft behauptet wird.

5. Die Mittelschicht schrumpft, so eine Aussage des Wochenberichtes des DIW im Juni. Merkwürdigerweise beginnt die Mittelschicht bei einem Nettoeinkommen von 860 €, wobei das Institut die Armutsrisikoschwelle mit 925 € angibt. Beginnt die Mittelschicht jetzt schon in der Armut?
6. Dass Armut krank macht, ist schon lange belegt. Aber auch hier werden die Zugänge für Menschen ohne finanzielle Mittel immer wieder durch Gesundheitsreformen, die angeblich sozial ausgewogen sind, und durch immer höhere Zuzahlungen beschränkt.

II.

In Deutschland fehlen klare politische Schritte, Armut und soziale Ausgrenzung zu überwinden. Die nak fordert deshalb die Verantwortlichen in Politik und Gesellschaft auf, endlich die Bekämpfung von Armut ernst zu nehmen und gesetzliche Bestimmungen im Hinblick auf die Auswirkungen auf Menschen mit einem geringen Einkommen zu überprüfen. Dabei sollten sie immer das Grundgesetz, Artikel 1 Abs. 1 in Verbindung mit Artikel 20 Abs.1 GG vor Augen haben und müssen nach den Bestimmungen unserer Verfassung dafür Sorge tragen, dass ein menschenwürdiges Existenzminimum gewährleistet wird.

Das Europäische Jahr zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ruft uns dazu auf, nicht nur die Wirtschaftskrise, sondern auch die Krise des Sozialstaates engagiert anzugehen. Milliardenhilfen für die Wirtschaft sind nichts wert, wenn die Armut von heute über 11 Millionen Menschen in Deutschland, darunter über zwei Millionen Kinder und Jugendliche auf Hartz-IV-Niveau, stillschweigend in Kauf genommen wird.

Wenn wir die soziale und ökonomische Krise unserer Gesellschaft überwinden wollen, müssen alle ihren Beitrag leisten – auch die Besserverdienenden, Vermögenden und Erben. Das gilt im Bereich der Steuern wie der Sozialversicherung. Weitere Steuerentlastungen auf Kosten der Armen und der Kommunen und weitere Streichaktionen bei den Sozialversicherungen darf es nicht geben. Wir brauchen ein engagiertes Sozialprogramm, das zur Teilhabe befähigt und das soziale und kulturelle Existenzminimum verlässlich sichert. Wir brauchen verlässliche Finanzmittel für die Kommunen wie die Sozialversicherungssysteme, die die soziale Infrastruktur sichern helfen. Soziale Hilfen müssen durch einen flächendeckenden gesetzlichen Mindestlohn und die Entlastung geringer Einkommen flankiert werden, damit Arbeit zum Leben reicht. Wer Hilfe braucht, muss mit Respekt und Würde behandelt, statt mit Sanktionen gegängelt zu werden.

Notwendig ist ein Runder Tisch zur Armutsbekämpfung: Vertreter aus Politik, Kirche und Gesellschaft und Betroffene, die selbst in Armut leben, müssen gemeinsam Strategien zur Bekämpfung und Überwindung von Armut erarbeiten. Soziale Gerechtigkeit muss bei allen ankommen und darf nicht nur Privilegierten vorbehalten sein.

Die nak leistet mit der Fokuswoche einen Beitrag zum Europäischen Jahr gegen Armut und soziale Ausgrenzung und zur Umsetzung der Ziele, die Öffentlichkeit für Armut und soziale Ausgrenzung zu sensibilisieren und dafür einzutreten, dass jeder Mensch ein Recht hat, in Würde zu leben und an der Gesellschaft teilzuhaben: „Es geht um Leben, nicht nur um Überleben“ (Aussage eines von Armut Betroffenen).

Berlin, den 23. Juni 2010

Dr. Wolfgang Gern, Sprecher

Michaela Hofmann, stellv. Sprecherin

Weitere Informationen unter www.nationale-armutskonferenz.de